gen worden ist. Selbstverständlich bleibt es dem Vermieter aber unbenommen, zumal wenn der Rechtsvorschlag ausschliesslich gegen das Retentionsrecht gerichtet sein sollte, von jeglichem Rechtsöffnungsbegehren abzusehen und schon sofort in den ersten zehn Tagen gerichtliche Klage auf Feststellung des Retentionsrechtes anzuheben.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

4. **Entscheid vom 18. Februar 1936 i. S. Faust.**

Art. 32 SchKG ist auf Zahlungen an ein Betreibungsamt zu Händen des betreibenden Gläubigers nicht anwendbar.

Als pünktliche Leistung im Sinne von Art. 123 Abs. 3 SchKG kann dennoch eine am Verfalltage auf die Postscheckrechnung des Betreibungsamtes gemachte Einzahlung gelten, die dem Amt erst später gutgeschrieben worden ist. Ermessen der Vollstreckungsbehörden bei Anwendung dieser Bestimmung.

L'art. 32 LP est inapplicable aux paiements faits à l'office pour éteindre la créance en poursuite.

Néanmoins, par versement « ponctuel » selon l'art. 123, al. 3 LP, il faut aussi comprendre le versement fait le jour de l'échéance au compte de chèque postal de l'office, encore que celui-ci n'en ait été bonifié que plus tard. — Pouvoir d'appréciation des autorités de poursuite qui appliquent cette disposition.

L'art. 32 LEF non è applicabile ai pagamenti fatti all'ufficio per estinguere il debito oggetto dell'esecuzione.

Quale versamento puntuale a' sensi dell'art. 123 cp. 3 LEF s'intende però anche il versamento fatto il giorno della scadenza al conto chèques postali dell'ufficio, benchè questo ne sia stato accreditato solo più tardi. Facoltà d'apprezzamento delle autorità d'esecuzione chiamate ad applicare questa norma.

Die vom Rekurrenten betriebene Schuldnerin, der ein Verwertungsaufschub gegen die Verpflichtung zu monatlichen Abschlagszahlungen bewilligt worden ist, hat den am 2. November 1935 fällig gewordenen Betrag an diesem Tage um 18 Uhr auf die Postscheckrechnung des Betrei-

bungsamtes einbezahlt, worauf das Amt einige Tage später die Gutschriftsanzeige erhielt. Der Rekurrent hält diese Zahlung für verspätet und demzufolge den Verwertungsaufschub für dahingefallen. Nach Ablehnung eines beim Betreibungsamt gestellten Begehrens um sofortige Vornahme der Verwertung und nach Abweisung der daraufhin angehobenen Beschwerde durch die kantonalen Aufsichtsbehörden hat er die Sache an das Bundesgericht weitergezogen.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung :

Der Rekurrent beruft sich auf Art. 36 des Postverkehrsgesetzes und BGE 55 II 202, wonach eine auf Postscheck geleistete Zahlung erst mit der Gutschrift auf der Postscheckrechnung des Adressaten (oder mit der Anzeige des Eintreffens an ihn oder endlich mit einer durch ihn selber getroffenen Verfügung) vollzogen ist. Demgegenüber glaubt die Vorinstanz für Zahlungen an ein Betreibungsamt eine abweichende Regel herleiten zu sollen aus der in Art. 32 SchKG aufgestellten Bestimmung, dass Mitteilungen (an eine Amtsstelle ; auch Beschwerden und Klagen) als fristgerecht zu gelten haben, sofern nur die Aufgabe zur Post vor Ablauf der Frist stattgefunden hat. Allein Zahlungen werden durch diese Bestimmung nicht betroffen, und eine analoge Anwendung drängt sich ebenfalls nicht auf, wenigstens nicht bei Zahlungen, die für den durch das Betreibungsamt bloss vertretenen Gläubiger bestimmt sind. Solange das Verfügungsrecht nicht vom Absender (Geldauftraggeber) auf den Adressaten übergegangen ist, ist die Zahlung nicht vollzogen.

Dagegen rechtfertigt sich die Abweisung der Beschwerde des Gläubigers aus dem zweiten von der Vorinstanz angeführten Grunde. Art. 123 Abs. 3 SchKG, wonach der Verwertungsaufschub dahinfällt, « wenn die Abschlagszahlungen nicht pünktlich erfolgen », verlangt nicht, die Verwirkung unbedingt eintreten zu lassen, sobald eine

Zahlung am Verfalltage noch nicht in die Verfügungsge-
walt des Betreibungsamtes gelangt ist. Vielmehr ist dem
Ermessen der Vollstreckungsbehörden Raum gelassen, bei
Beurteilung der Pünktlichkeit die Art und Weise der Lei-
stung billig zu berücksichtigen. Nun hat es die Vorinstanz
mit Recht abgelehnt, die am Verfalltage auf das Post-
scheckkonto des Betreibungsamtes vorgenommene Ein-
zahlung als unpünktlich zu bezeichnen und nicht mehr als
wirksame Erfüllung der Aufschiebbedingungen gelten zu
lassen. Eine solche Zahlung verdient noch als pünktlich
angesehen zu werden, vorausgesetzt natürlich, dass sie dem
Betreibungsamt dann auch ungehindert zugekommen ist,
wie es hier zutrifft.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

5. Entscheid vom 18. Februar 1936 i. S. Staat Bern.

Vollstreckung von Betreibungskosten gegen-
über dem Gläubiger, der zur Vorschussleistung angehalten wor-
den ist. Erhebt der für die Kosten Betriebene Rechtsvorschlag,
so ist auf Grund der rechtskräftigen Kostenver-
fügung definitive Rechtsöffnung zu ver-
langen.

*Recouvrement de frais de poursuite dont le créancier doit faire
l'avance : Lorsque le créancier mis en poursuite fait opposition,
mainlevée définitive doit être demandée en vertu de la décision
exécutoire sur les frais.*

*Ricupero di spese esecutive che il creditore venne invitato ad
anticipare. Se il creditore contro cui fu promossa un'eseecuzione
per queste spese fa opposizione, il rigetto definitivo della
stessa dev'essere chiesto fondandosi sulla decisione cresciuta
in giudicato relativa alle spese.*

Das Betreibungsamt Bern fordert einen durch den Vor-
schuss des Gläubigers für eine von diesem verlangte
Schätzungsexpertise nicht gedeckten Betrag der Schät-
zungskosten, dessen Bezahlung der Gläubiger auf die Zu-

stellung der Abrechnung hin, ohne Beschwerde zu führen,
verweigert hat, namens des Staates Bern von jenem Gläu-
biger als Kostenschuldner an seinem Wohnort Zürich auf
dem Betreibungswege ein. Den vom Betriebenen erhobe-
nen Rechtsvorschlag hält das betreibende Amt für unbe-
achtlich, weil über solche Kostenverpflichtungen endgültig
die Betreibungsbehörden zu entscheiden hätten und hier
eine mangels Beschwerdeführung rechtskräftige Verfügung
vorliege, eine Anrufung des Richters also nicht in Frage
komme und gar nicht möglich wäre. Das Betreibungsamt
Zürich 2, bei dem diese Kostenbetreibung hängig ist, hat
jedoch die Fortsetzung der Betreibung abgelehnt, für
solange, als der Rechtsvorschlag nicht durch Richter-
spruch beseitigt ist. Um dem Fortsetzungsbegehren Nach-
achtung zu verschaffen, hat das Betreibungsamt Bern Be-
schwerde geführt und, von den kantonalen Beschwerde-
instanzen abgewiesen, die Sache an das Bundesgericht
weitergezogen.

*Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
zieht in Erwägung :*

Soweit der betreibende Gläubiger für Kosten, die zu
seinen Lasten gehen — endgültig oder nur vorläufig, d. h.
unter Vorbehalt der Deckung aus dem Verwertungserlös ;
für Schätzungskosten vgl. Art. 9 Abs. 2 VZG —, Vorschuss
geleistet hat, kann das Betreibungsamt und gegebenenfalls
eine Aufsichtsbehörde nach Massgabe einer rechtskräftigen
Festsetzung der Kostenforderung über den Vorschuss ver-
fügen. Soweit eine solche Forderung dagegen nicht durch
Vorschuss gedeckt ist, muss sie beim Ausbleiben freiwilliger
Erfüllung gleich wie andere im öffentlichen Rechte be-
gründete Forderungen (vgl. Art. 43 SchKG) durch Be-
treibung auf Pfändung geltend gemacht werden. Das
bedingt die Zustellung eines Zahlungsbefehls, der wie in
allen andern Fällen durch Rechtsvorschlag bestritten
werden kann, mit der Wirkung, dass die Betreibung ge-
hemmt bleibt, bis der Rechtsvorschlag (zurückgezogen